

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 8 (1928-1929)
Heft: 7

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

dem man nicht weiß, ob er ehemals grau, grün oder blau war? Und der abgeschabte Rock des Großvaters, was hat der für eine Färbung angenommen! Von den zerchliffenen Hosen der Schulbuben oder dem Halstuch des Marelli oder Luisli gar nicht zu reden. Man würde nicht fertig, wenn man auf alle diese malerischen Einzelheiten hinweisen wollte. Sie finden sich fast in jedem Bilde vor. Anker ist vor nichts zurückgeschreckt. Wenn es galt, einen dunkelblauen, gestrickten Handschuh auf einem schwarzen Mantel zu malen, so hat ihm das keine Mühe, aber viel Spaß gemacht. Und was für Aufgaben hat er sich von dem alten gemalten Kachelofen stellen lassen; aber wie gesagt, das läßt sich nicht aufzählen. Man muß sich, um inne zu werden, wie kultiviert die Malerei Albert Ankers ist, den kleinen „Seifenbläser“ anschauen, „die Schülerin“, die verschiedenen strickenden und schreibenden Mädchen, die „Lesende“, „Genesung“ u. s. f., vor allem aber „Schlafender Bauernjunge“, eines der vorzüglichsten Bilder der Ausstellung, dem wenig Ähnliches zur Seite gestellt werden kann. Die kühne Verkürzung des im Heu am Boden liegenden Jungen verrät die ungewöhnliche zeichnerische Sicherheit, aber mehr noch frappiert die weiche und doch klangvolle Farbigkeit.

Mit zum Schönsten, was uns Anker hinterlassen hat, das sind die Kinderbildnisse. Seine Liebe zu den Kindern war unendlich. Mit freundlichen Worten, mit Lebkuchen und andern Süßigkeiten erschlief er sich leicht ihre Gunst, und unter seinen wohlwollenden Blicken harrten auch die Zappeligsten aus, wenn er sie hieß, sich auf ein Viertelstündchen als Modell hinzusetzen. Man wird nicht müde, in diese zarten Kindergesichter zu schauen, und man bedauert bloß, daß nicht noch mehr da sind. Gerne würde man dafür auf viele Duzende der Studien und Skizzen verzichten, die in der Ausstellung einen fast allzu breiten Raum einnehmen. Gewiß sind sie aufschlußreich für das Schaffen Ankers, aber wenn die Absicht besteht, die hochentwickelte Malkultur des Meisters zu zeigen, dann kommt ihnen zumeist verminderte Bedeutung zu.

Mit der Anker-Ausstellung hat sich die Berner Kunsthalle ein Verdienst erworben, indem sie mit großer Entschiedenheit nicht bloß die Aufmerksamkeit wiederum auf einen außergewöhnlichen Maler hingelenkt, sondern ihn gleichzeitig auch ins rechte Licht gesetzt hat, d. h. ihn als den Künstler von hoher malerischer Kultur zum Worte kommen läßt.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Parlamentswahlen.

Am 28. Oktober hat das Schweizervolk seine parlamentarische Vertretung neu zu bestellen. „Vom Ausgang dieser Wahlen hängen nicht zuletzt die Geschicke des Landes während der kommenden drei Jahre ab.“ Mit diesen Worten leitet die freisinnig-demokratische Partei der Schweiz ihren

Wahlaufruf ein. Sind sie wahr? Hängt das Geschick unseres Landes in den nächsten Jahren davon ab, was für Vertreter das Volk jetzt in seine parlamentarische Vertretung schickt? Werfen wir zur Beantwortung dieser Frage einen Überblick über die Parteien und ihre Ziele, denn sie, die politischen Parteien sind es, die sich durch das Volk zu seiner Vertretung im Parlament wählen lassen und von deren Geschick das Geschick des Parlamentes abhängt. Hängt vom Geschick des Parlamentes aber auch das Geschick des Landes ab? Das ist die Frage.

* * *

Die freisinnig-demokratische Partei will, wie sie in ihrem Wahlaufruf erklärt, gegenüber „den klassenkämpferischen Anschauungen der Sozialdemokratie und den konfessionellen Tendenzen der konservativen Volkspartei die Grundfesten des gegenwärtigen liberalen Staates erhalten“; „eine der wichtigsten Aufgaben der Partei ist es, den Staat als Volksgemeinschaft aller Bekenntnisse auf der bewährten liberalen Grundlage zu erhalten“. Ferner ist es, wie es weiter heißt, „schon längst eine der wichtigsten Aufgaben der Partei, das Loß der wirtschaftlich Schwachen zu verbessern“. Alters- und Hinterbliebenenversicherung dienen diesem Zweck, die Revision der Alkoholgesetzgebung steht damit in Zusammenhang. „Fortschrittliche Ordnung des Arbeitsverhältnisses, Ausbau des Gesamtarbeitsvertragsrechts“ werden von einer „sich ruhig entwickelnden Volkswirtschaft“ gefordert. Als „weitere wichtige nationale Frage“ neben dem bereits geschaffenen Beamtengesetz wird die Vereinheitlichung des Strafrechts und teilweise Revision des Obligationenrechts bezeichnet. Unter den „wirtschafts-politischen Forderungen der Nachkriegszeit“ hat die Getreidefrage „die bürgerlichen Parteien vorübergehend entzweit“; ihre Lösung soll die „heute noch immer unausgeglichene Erwerbsbedingungen der Landwirtschaft“ berücksichtigen. Eine künftige „Gewerbe- und Submissionsgesetzgebung“ hat „eine gedeihliche Fortentwicklung des Gewerbe- und Handwerkerstandes zu gewährleisten“. Schließlich will die Partei „der Entwicklung unseres Verkehrswezens“, „der Erhaltung unserer Volksschule“, der Berufsbildung, der Förderung von Kunst, Kunstgewerbe und wissenschaftlicher Forschung, der Turnerei und sportlichen Bestrebungen ihre volle Aufmerksamkeit schenken. Dagegen wird sie sich „dagegen wenden, daß die Frage der Abschaffung unserer Armee aufgerollt werde, bevor zu den bestehenden bescheidenen Friedensgarantien, die der Völkerbund und unsere Neutralität enthalten, die Völker der Erde den Friedenswillen durch die Tat bewiesen haben“.

Von diesem „Programm“ ist zur Hauptsache eigentlich nur der zeitgemäße Ausbau des Arbeitsrechts nicht bereits verwirklicht oder in Verwirklichung begriffen. Der Dringlichkeit und Notwendigkeit der Inangriffnahme dieses Programmpunktes war auf dem Bieler Parteitag ein Vortrag von Nationalrat von Urz gewidmet. Ein Teilnehmer an diesem Parteitag schreibt allerdings in der „Züricher Post“: „Unter dem Eindruck, daß wir in der Lösung sozial-politischer Fragen nicht auf die Mitwirkung aller Gruppen der freisinnig-demokratischen Partei zählen können, verließ ich Biel“. Von anderer Seite (Nationalrat Schirmer) ist denn auch am gleichen Ort die Meinung geäußert worden, daß es in einer Zeit politischer und wirtschaftlicher Umgestaltung schwierig sei, Richtlinien aufzustellen, die man nachher auch einhalten könne; ein Programm verpflichte, und darum sei es heute zu früh, sich auf ein solches festzulegen; dringlich sei im Augenblick nur die Reform der nicht mehr zeitgemäßen Parteiorganisation. Auch in der Frage der nationalen Erziehung, die auf dem Bieler Parteitag ebenfalls zur Sprache stand, will sich die Partei, nach den Ausführungen von Bundesrat Chuard, auf Förderung und Ausbau der nationalen Erziehung in den Grenzen der bestehenden Bundesverfassung beschränken; was praktisch so viel heißt, als in den Hauptdingen alles beim Alten zu lassen. Als sehr unglücklich muß schließlich die Formulierung bezeichnet werden, wonach die Frage der Abschaffung unserer Armee nicht aufgerollt werden soll, bevor die andern Völker den Friedenswillen durch die Tat bewiesen haben. Damit bekennt man sich doch nur noch bedingt zur Landesverteidigung als einem

wesentlichen Werkzeug des Staates zur Erhaltung seiner Souveränität. Ist das, weil die Erweichung des staatlichen Denkens in den eigenen Reihen wirklich schon so weit fortgeschritten ist, oder weil man den Mut nicht mehr aufbringt, offen und frei zur — ewigen — Notwendigkeit eigener Wehrhaftigkeit zu stehen? So oder so bedeutet eine solche Stellungnahme für eine Partei, die den bestehenden Staat geschaffen hat und den Anspruch erhebt, ihn heute noch zu tragen, die eigene Abdankung. Da besitzt der Standpunkt des offenen Pazifisten, der sagt: nicht die andern sollen mit der Abschaffung der Armee vorangehen, damit wir dann folgen können, sondern wir wollen den Anfang machen, doch eine ganz andere Werbekraft! Wenn das zum Beitritt der Schweiz zum Völkerbund gesprochene „Finis Helvetiae“ sich vielleicht auch nicht in dem Sinne bewahrheitet, daß der Völkerbundsbeitritt das Ende der Schweiz herbeigeführt hat, so vielleicht doch in dem, das Ende derjenigen Partei beschleunigt zu haben, auf deren Tagung dieses Wort gesprochen wurde.

* * *

Über das Programm der katholisch-konservativen Volkspartei gibt der Bericht, den Nationalrat Walthar am Luzerner katholischen Parteitag ablegte, erschöpfende Auskunft. Die allgemeine Einstellung zum schweizerischen Staat wird u. a. folgendermaßen umschrieben: „Oberster Grundsatz soll für uns sein: Ehrliche und opferwillige Mitarbeit in der staatlichen Gemeinschaft aus eigener Initiative und unter Wahrung der Bewegungsfreiheit. . . Eine systematische Opposition kann für unsere Partei nicht in Frage kommen. . . Wir haben im Parlament zur Bildung einer regierungsfähigen Mehrheit mitzuwirken. . . Es geht nicht an, schweizerische Politik nur unter dem Gesichtspunkt kantonaler Politik betreiben zu wollen. . . Neben unserer kantonalen föderalistischen Einstellung müssen wir stets daran festhalten, eine schweizerische Partei mit schweizerischen Zielen auf dem Boden der Bundesverfassung zu sein und zu bleiben“.

Über die taktische Einstellung der konservativen Partei gegenüber den andern Parteien wurde u. a. gesagt: „Wir müssen eine selbständige Politik betreiben, eigene Ideen, eigenes Programm und selbständige Taktik haben. . . Der Proporz hat die freisinnige Partei als Mehrheitspartei beseitigt. . . Die Folge dieser Konstellation war die Zusammenarbeit der nationalen Parteien. Eine eigentliche Regierungskoalition, ein nationaler Block hat nie bestanden. . . Eine bürgerliche Einheitsfront à tout prix selbst da, wo ein starker oder gar übermächtiger sozialistischer Gegner nicht vorhanden ist, hat keinen Sinn. Für uns Konservative läuft die bürgerliche Einheitsfront à tout prix auch heute noch auf eine neue Hegemonie des Liberalismus hinaus. . . Die Bekämpfung des Sozialismus in seinen revolutionären und antisozialen Strömungen wird für unsere Partei auch für die Zukunft eine Hauptaufgabe sein. Sie wird zur heiligen Pflicht, je mehr sich der Sozialismus zum Bannerträger des Kulturkampfes entwickelt. . . Der schweizerische Sozialismus im Gegensatz zum deutschen scheint speziell nach dieser Richtung mehr und mehr auf schlimme Abwege zu geraten“. Andererseits ist „die Verdrängung und Unterdrückung der sozialistischen Partei ein Ding der Unmöglichkeit geworden. Die Kampfmittel müssen daher bürgerlicherseits, nicht zuletzt von unserer Seite, sorgfältig gewählt werden“. Der Zweifrontenkrieg gegen Liberalismus und Sozialismus zugleich, wird aber abgelehnt. „Der gewollte und gesuchte Zweifrontenkrieg ist immer zum Verhängnis geworden, da er auf der Überschätzung der eigenen Kräfte beruht“. Immerhin hält man ihn als im Bereich der Möglichkeit liegend. „Für unsere schweizerischen nicht konservativen Miteidgenossen stellt sich auch in nächster Zeit die Frage, ob sie mit oder ohne uns eine Mehrheitsbildung anstreben wollen. . . Ohne und gegen uns kann nur eine radikal-sozialistische Regierungsbildung in Frage kommen“.

An einzelnen Programmpunkten versichert die Partei u. a. die verhältnismäßige Vertretung in allen Behörden; „eine gerechte Vertretung aller Volksschichten und Parteigruppen in den Behörden darf bei uns keinen Widerstand finden“. Ferner die Bewahrung der Schulhoheit und der Finanzhoheit der

Kantone. „Wir bekämpfen jeden Einbruch in die kantonale Schulhoheit. . . Hier gibt es für unsere Fraktion weder Markt noch Opportunismus. . . Wir haben daher auch gegenüber den Bestrebungen auf Erhöhung der Primarschulsubventionen eine gewisse Reserve bewahrt, weil eine solche leicht zu vermehrten Einmischungen des Bundes in die kantonale Schulhoheit benützt werden könnte“. Während für einen Einbruch in die kantonale Schulhoheit augenblicklich kein unmittelbarer Anlaß besteht, verhält es sich anders mit der kantonalen Finanzhoheit; „man befürchtet vielfach eine Überwucherung der Bundesallmacht; wenn die Finanzpolitik der Kantone zum großen Teil auf die eidgenössischen Subventionen sich stützen muß“. Aber „die Kantone und die Gemeinden vermögen in großem Umfang heute ihre Aufgabe als Gemeinwesen aus eigener Kraft nicht mehr zu erfüllen. Der Bund ist als aktive, schöpferische Kraft für neue Finanzquellen getreten. . . Ein Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen drängt sich daher ebenso dringend wie mit gerechter Notwendigkeit auf. . . Dem heutigen Subventionswesen haften schwere Mängel an. . . Es dürfte eine Aufgabe unserer künftigen Parlamentsfraktion sein, eine gesetzliche Revision des Subventionswesens anzustreben“. Die katholisch-konservative Partei hat in den letzten anderthalb Jahrzehnten mit großem Geschick die eidgenössische Finanzpolitik in der ihren Gesichtspunkten zuträglichen Weise beeinflusst und geleitet. „Seit sechszehn Jahren sind wir für die nationale Finanzpolitik mitverantwortlich. . . Unserer Vertretung im Bundesrat ist es an erster Stelle zu danken, daß für den Kredit des Landes eine sichere Zukunftsgrundlage geschaffen werden kann. . . In der Richtung der Überzeugung und Erfahrung (dieser Vertretung) liegt es, auch den Kantonen neue Mittel zuzuführen. Ich erinnere an deren Anteil an der Stempelsteuer, am Benzin Zoll u. s. w.“.

Auch das Verdienst, in der Getreidefrage und in der Alkoholfrage einen „Kompromiß“ gefunden zu haben, wird von der Partei, bzw. ihrem Vertreter im Bundesrat, für sich beansprucht. Von der Lösung der letzteren ist die Förderung der Alters- und Hinterbliebenenversicherung abhängig. „Besondere Schwierigkeiten“ bot für die Partei von Anfang an das Problem der Vereinheitlichung des Strafrechts. Da dem Bund durch die Verfassungsrevision von 1891 bereits das Recht zur Zentralisierung des Strafrechts eingeräumt war, konnte es sich nur noch darum handeln, „auf die Beratung der Strafrechtsvorlage einzutreten, daran mitzuarbeiten und die definitive Entscheidung davon abhängig zu machen, ob und wie weit unsern grundsätzlichen Vorschlägen Rechnung getragen werde“.

Zur Landesverteidigung heißt es: „Für die Armee soll das Mögliche getan werden, damit sie ihrer doppelten Aufgabe — Schutz unserer Freiheit, Unabhängigkeit nach außen und Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Innern — gerecht werden kann. . . Umso gefährlicher ist eine Mentalität, die sich heute auch in bürgerlichen Kreisen vielfach geltend macht. . . Einen falsch verstandenen Pazifismus und trügerischen Optimismus bedeutet es, wenn vaterländisch gesinnte Leute dafür sich einsetzen, daß die Armee zu beseitigen und damit unser Land wehrlos zu machen sei“. In der Außenpolitik stellt sich die Partei-Fraktion hinter ihren Vertreter im Bundesrat: „Wir haben volles Vertrauen zum Leiter unserer auswärtigen Politik, der stets mit Geschick und Würde die Auslandsinteressen der Schweiz vertreten hat“.

* * *

Über einige der wesentlichen Gesichtspunkte der liberalen Partei, bestehend aus zwei Genfer, drei Waadtländer, einem Neuenburger und einem Basler Vertreter, unterrichtet ein Artikel Jean Martins im „Journal de Genève“. Die Partei verdanke ihre Erfolge weniger nur ihren Vertretern, als der Überzeugungskraft der liberalen Grundsätze. Zahlreiche Bürger, die andern Parteien angehörten, stimmten oft aus sicherem Instinkt in liberalem Sinne. Die enge Verbindung von Liberalismus und unmittelbarer Demokratie sei die besondere Erfindung der liberalen Partei. Als Hauptprogrammunkte werden aufgeführt: Verteidigung der Unverletzlichkeit der Verfassung; die Partei werde zu dem Zweck demnächst ein Volksbegehren auf Schaffung eines Verfassungs-

gerichts einleiten. Ferner Verteidigung der Armee, Unterstützung der berechtigten Forderungen der Landwirtschaft unter Ausschluß sozialistischer Lösungen, Widerstand gegen die übertriebene Entwicklung des reinen Berufs- und Ständegedankens, der das Übergewicht über das Gemeininteresse des Volkes zu erhalten drohe; Bekämpfung des Übergewichts einer Politik der Geschäfte und Sonderinteressen; Unterstützung aller sozialen Werke, die nicht nur dem Staatssozialismus und Bureaokratismus als Vorwand dienen. Als Verdienst in der vergangenen Wahlperiode rechnet sich die Partei u. a. den Anteil an, den sie bei der Errichtung neuer Gesandtschaften, beim Abschluß von Schieds- und Handelsverträgen, bei der Abschaffung der Vollmachten, bei der Nichtzulassung von Nationalrat Grimm zur Präsidentschaft des Nationalrates, bei der Verwerfung des Getreidemonopols, bei der Errichtung eines Verwaltungsgerichts hatte.

Mancherlei Ergänzungen und auch Abweichungen enthält das Programm der Waadtländer Liberalen. Diese sprechen sich gegen „die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit den Sowjets“ aus. Sie verteidigen die kantonale Selbständigkeit; widersetzen sich jeder ungerechtfertigten Ausdehnung der Bundesgewalt, verwerfen jede neue offene oder verschleierte direkte Bundessteuer, leisten der Annahme der jetzigen Strafrechtsvorlage Widerstand, stehen der Bewegung zugunsten der Berufsstandsorganisation freundlich gegenüber u. s. w.

* * *

Handelte es sich bei den bisher gekennzeichneten um „historische“ Parteien, so sieht die Bauern-Partei erst auf einen zehnjährigen Bestand zurück. Das bedeutet aber nicht nur ein äußeres Merkmal; dieser Umstand ist auch entscheidend für die Einstellung der Partei zum liberalen Staat von 1848. Die erste und hauptsächlichste Wirkung der neuen Verfassung von 1848 war ein mächtiger Aufschwung von Industrie, Handel und Verkehr. Sie kam also ganz natürlicherweise in erster Linie den Volksschichten zugute, die sich damit beschäftigten, und innerhalb diesen wiederum den Führerschichten. Der letztere Umstand führte zur Abspaltung der arbeitnehmenden Schichten von der politischen Partei des Freisinn, zuerst, in einzelnen Kantonen, der Demokraten, die sich später ihr wieder anschlossen; dann der Sozialdemokraten. Die Arbeitnehmerschaft von Industrie, Handel und Verkehr hat es in den rund drei Jahrzehnten ihres politisch selbständigen Daseins verstanden, sich materiell weitgehend befriedigende Lebensverhältnisse zu schaffen. Ihr Kampf geht heute berechtigterweise nur noch um Anteil an der Führung und Mitbestimmung der wirtschaftlichen Vorgänge und öffentlichen Angelegenheiten in dem ihrem Können und Leisten entsprechenden Maße.

Anders die Bauernschaft. Sie genöß nicht nur keinen Schutz durch die Verfassung von 1848, sondern kam durch die schrankenlose Wirtschaftsfreiheit, die diese zum Grundsatz erhob, mehr und mehr ins Hintertreffen. Andere Erwerbszweige, die sich durch die ausländische Konkurrenz in dieser oder jener Form bedroht fühlten, hatten sich rechtzeitig zur Wehr gesetzt und den Schutz des Staates erzwungen. Heute sucht die Bauernschaft ebenfalls diesen Schutz.

„Die Berner Bauern haben beschlossen — führte der schweizerische Bauernsekretär am Bauern-Volkstag auf dem Bundesplatz in Bern aus —, durch eine große Versammlung den Behörden und der Öffentlichkeit die Not der Landwirtschaft deutlich zum Bewußtsein zu bringen. . . Hier auf diesem Plage, wo schon oft die Arbeiter und Angestellten tagten, um ihre Interessen zu vertreten, rufe ich diesen Kreisen zu: Im Vergleich zur Lage von Tausenden von Klein-, Berg- und Schuldenbauern sind viele von Euch Bourgeois und Herren. . . Der hohe Stand der schweizerischen Wirtschaft verteuert alles. Wer ist (aber) verantwortlich für all den Luxus im Staat und im Privathaushalt, für alle Bequemlichkeiten und Vergnügungen, die das Leben verteuern? Doch sicher nicht der Bauer. . . Die Einreise fremder Arbeiter und Angestellter wird heute verboten. Die Arbeiter genießen dadurch den höchsten Schutz ihrer Interessen. . . Wir protestieren gegen die Herzlosigkeit und Selbstsucht weiter Kreise der Sozialdemokratie, der Arbeiter, des Großkapitals und der Großindustrie, die unter dem Schlagwort „Freihandel“ den Bauer dem Untergang entgegentreiben. . . Es wäre

undankbar, zu bestreiten, daß in der Bundesversammlung zahlreiche Männer zu finden sind, und daß die Mitglieder des Bundesrates den guten Willen haben, uns zu helfen. Nicht ihnen, sondern denjenigen, die dem Bundesrat entgegen-treten, gilt unser Protest". In der Resolution, die von der gleichen Tagung angenommen wurde, heißt es u. a.: „Die Tagung des Landvolkes stellt fest, daß gewaltige Verschiebungen in der Verteilung des Volkseinkommens zu- ungunsten des Bauernstandes eingesezt haben, tiefgehende Mißverhältnisse zwischen Kosten und Preisen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse bestehen, die zu einer unerträglichen Not in der Landwirtschaft führen". Und es werden folgende zollpolitische Begehren gestellt: vorübergehendes Buttermonopol, Beibehaltung der Einfuhrsperre für Schlachtvieh, strenge Handhabung der Einfuhrverordnung betr. Fleisch, Verhinderung übermäßiger Pferbeeinfuhr, Kennzeichnung der eingeführten Eier, Förderung der Ausfuhr von Zuchtvieh, Beibehaltung der geplanten Generalzolltarifansätze; daneben wird auf finanzpolitischem Gebiet verlangt Herabsetzung der Ziegenzuchtstazierungen für die eidgenössische Kriegsteuer, Herabsetzung des jetzigen Hypothekenzinsfußes, Zinsentlastung verschuldeter Kleinbauern, Anpassung der Kapitalausfuhr an die Bedürfnisse der einheimischen Volkswirtschaft. Die gleichen Forderungen in finanzpolitischer Hinsicht wurden erhoben auf der zwei Tage später in Bern tagenden Konferenz für staatliche Finanzhilfe an die Landwirtschaft, die, in der Zahl von etwa 70 Vertretern aus allen interessierten Berufskategorien vom Bundesrat zusammenberufen, mit ihren ausschließlich dem vorliegenden Gegenstand gewidmeten, also rein sachlichen und von keinen machtpolitischen Gesichtspunkten beeinflussten Verhandlungen durchaus den Charakter einer berufsständischen Vertretung, eines Wirtschaftsparlaments besaß. Auf einen gemeinsamen Nenner gebracht, heißen die Forderungen der Landwirtschaft an den Staat: nach der politischen Gleichheit der liberalen Verfassung von 1848 gilt es nun auch „die wirtschaftliche Gerechtigkeit" zu verwirklichen.

„Wirtschaftliche Gerechtigkeit" ist aber ein dem liberalen Staat fremder Begriff. Im politischen Parlament des liberalen Staates geht es um Macht. Es wird dort nach der Zahl, nicht nach der Sache entschieden. Eine absolute oder auch nur relative Mehrheit in der Bundesversammlung wird sich die Bauernpartei wegen der Minderzahl der landwirtschaftlichen Bevölkerung aber nie erringen können. Sie ist für die Erfüllung ihrer Forderungen ausschließlich auf das Wohlwollen der andern Parteien angewiesen. Wobei sie, besonders vor Wahlen, ihre Zwischenstellung im Kampf zwischen Kapitalismus und Arbeitnehmerschaft ausnützen kann. Auf der Delegiertenversammlung der kantonal-zürcherischen Bauernpartei hat deren Parteipräsident diese Zweifrontenstellung wie folgt umrissen: „Ich rufe Euch vor allem auf zum Kampf gegen die Sozialdemokratie, die Partei, die für sich alles: kurze Arbeitszeit, hohe Löhne u. s. w. begehrt, dem Bauer aber selbst das zum Leben Nötigste vorenthalten will. Aber auch die bürgerlichen Parteien schicken sich an, auf Kosten der bäuerlichen Vertretung ihre Mandate zu vermehren... Wir müssen vor allem sagen, daß die bürgerlichen Parteien es sehr oft am richtigen Verständnis für unsere Sorgen und Nöte fehlen lassen". In politische Ziele hat sich der Daseinskampf der schweizerischen Bauernschaft bisher nicht umgesetzt. Dazu ist die Bewegung wohl noch zu jung. Sie verlegt sich vorerst aufs Bittstellen an den bestehenden Staat und seine Machthaber. Nur wenn deren Wohlwollen gar zu geringe praktische Ergebnisse zeitigt, scheint sie neuestens auch vor Kampfmittein, die nahe ans Revolutionäre grenzen — der Bauernzug auf den Bundeshausplatz in Bern — nicht zurückzukehren zu wollen.

* * *

Die Arbeitnehmerschaft von Industrie, Handel und Verkehr hat sich dank ihrer organisatorischen Fähigkeit und Ausdauer in den letzten Jahrzehnten auf einen, im Vergleich zu andern Berufsschichten, wirtschaftlich recht günstigen Lebensstand zu erheben vermocht. Um diesen sicherzustellen und aus dem Bedürfnis einer Forderungen stellenden, zukunftsgläubigen und opferwilligen Volksschicht heraus, verlangt sie heute Anteil an der Führung sowohl im wirtschaft-

lichen Produktionsvorgang wie in Staat und öffentlichen Angelegenheiten, ja in offensichtlicher Übersteigerung ihres Selbstbewußtseins sogar die alleinige Führung. „Im Bürgertum fehlt jeder frische, freie Zug, es fehlt das Zukunftsziel — hat Nationalrat Grimm am Zürcher Parteitag der Sozialdemokratie ausgeführt —; der Glaube an die Zukunft ist verloren; man versucht nur noch zu retten, was noch zu retten ist. Da freue ich mich, daß wir als Partei das alte Wort aufnehmen können: wir sind jung und das ist schön... Aus dem allgemeinen Programm der Sozialdemokratie geht der begeisternde Gedanke hervor, daß die Arbeiterschaft den Anspruch erheben darf, nicht nur gestützt auf theoretische Erkenntnisse, sondern gestützt auf bisherige Erfolge und Errungenschaften, den Ausweg aus diesem Wirrsal der Gegenwart zu weisen. Wir können dem Menschen das geben, was keine Konfession, keine bürgerliche Partei, keine bürgerliche Kulturströmung ihm zu geben vermag: Die tiefe lodernde Überzeugung, daß der Sozialismus seiner Realisierung entgegengeht, daß mit ihm ein neues und freieres Geschlecht entstehen wird.“

Wo sind denn diese „bisherigen Erfolge und Errungenschaften“, auf Grund derer die Arbeiterschaft den Anspruch erheben kann, mit ihrer marxistischen Theorie für die ganze Zukunft richtungweisend zu sein? Die Arbeiterschaft hat sich, z. T. dank der marxistischen Lehre in den letzten Jahrzehnten, überall bessere Lebensverhältnisse zu erringen vermocht. Gerade den Beweis, daß sie über ihre eigenen Interessen hinaus nun auch für das Volksganze und die staatliche Gemeinschaft gangbare neue Wege zu weisen vermag, ist sie aber schuldig geblieben. Wo sie zur Herrschaft kam, war sie, sobald nicht mehr nur die Interessen des Arbeiterstandes in Frage standen, genau so ratlos, oder wenn möglich noch ratloser, als die bisherigen Regierenden. Und alle „tiefe lodernde Überzeugung“ von der baldigen Verwirklichung des Sozialismus und der Entstehung eines „neuen und freieren Geschlechts“ hat einen Lenin nicht davor bewahrt, sein Volk und Land in einen Zustand trostlosester innerer und äußerer Verlotterung und Unfreiheit zu versetzen. Mit Überzeugung und Glaube allein ist es nicht gemacht. Es kommt in erster Linie auf die Tiefe der Einsicht in menschliche und übermenschliche Dinge an, die diesen zugrunde liegt.

Die Oberflächlichkeit und Unzulänglichkeit des theoretischen Unterbaues der sozialistischen Bewegung hat sich längst an dieser selbst gerächt. Vorübergehend mag es zu einigem Erfolg führen, mehr zu versprechen als man erfüllen kann. Aber eines Tages muß man doch Rechenschaft ablegen. Und wenn dann die Wirklichkeit und was man in ihr leisten kann, ganz anders aussieht, als die ausschweifenden Hoffnungen, die man jahrzehntelang in den Reihen der eigenen Anhänger erzeugt hat, dann tritt eben die Schwäche des eigenen übermachten Standpunktes zu Tage. So hat eine allgemeine Vertrauenskrise und innere Spaltung die sozialdemokratische Partei im vergangenen Jahrzehnt um die Hälfte ihrer eingeschriebenen Parteimitglieder gebracht. Die sozialdemokratische Partei dürfte denn auch ihre zahlenmäßige Höchstgrenze in den ersten Nachkriegsjahren bereits überschritten haben (60,000 eingeschriebene Mitglieder 1919 gegenüber 30,000 1928). Womit aber nicht gesagt ist, daß die Zahl derjenigen, die ihr bei Abstimmungen und Wahlen ihre Stimme geben (heute etwa ein Viertel der Stimmberechtigten, d. h. 200,000 bis 250,000), nicht gelegentlich noch bedeutend ansteigen kann.

Denn das soll man doch ruhig zugeben, die parteipolitisch organisierte Arbeiterschaft ist heute das Salz in unserem Staatsleben. Abgesehen von der in jüngster Zeit auch Forderungen an die Zukunft stellenden Bauernschaft (und Angestelltenchaft), ist sie augenblicklich doch das einzige Element, das sich politisch nicht auf die Nutznießung des Bestehenden beschränkt. Darum sammeln sich unter ihrer Fahne Viele, denen die marxistischen Phrasen an sich höchst gleichgültig sind, die aber materiell und geistig aus dem heutigen Zustand herauswollen und notwendig dort Anschluß suchen, wo man das auch will. Und selbst diejenigen, die diesen Anschluß nicht vollziehen, verdanken es, wenn sie mit ihren Forderungen an den liberalen Staat einigen Erfolg haben, dem Dasein einer Sozialdemokratie. Ohne die Möglichkeit der ausgesprochenen oder unausgesprochenen Drohung, ins sozialistische Lager abzuschwenken, hätte die Bauern-

schaft bei den Nutznießern der Ordnung von 1848 noch nicht manche ihrer Forderungen durchzusetzen vermocht. Man kann daher sagen, daß die sozialistische Arbeiterschaft in der Praxis besser ist als in der Theorie und ihre Politik in der Wirklichkeit für das Ganze fruchtbarer, als nach ihrer Lehre erwartet werden könnte. Auf jeden Fall ist sie von dem brennenden Ehrgeiz beseelt, dem mit so viel unbegründeter Selbstüberheblichkeit auf sie herabsiehenden „Bürgertum“ zu zeigen, daß sie zum mindesten ebenso gut regieren kann wie es. „Für uns Zürcher ist das rote Zürich eine Mahnung, zu zeigen, daß die Stadt ebenso gut und solide, wohl aber sozialpolitisch fortschrittlicher geleitet werden kann als früher“, hat der sozialistische Zürcher Stadtpräsident Klöti am sozialistischen Parteitag ausgeführt. Wenn umgekehrt die Arbeiterschaft ihrerseits ebenfalls nicht Mangel an übersteigertem Selbstbewußtsein leidet, so ist die psychologische Erklärung dafür in erster Linie in dem Umstand zu suchen, daß die Arbeiterschaft das, was sie heute ist, ganz aus eigener Kraft und gegen den Widerstand einer ganzen Welt geworden ist und daß das natürlicherweise einigem Stolz und Selbstbewußtsein ruft.

Kurzfristig und widersinnig ist es aber heute sicher, diese große Kraftquelle, wie sie die politisch aktivierte Arbeiterschaft darstellt, weiterhin ständig vom Staatsleben ausgeschlossen halten zu wollen, anstatt daß man sie in den Dienst der dringlichen Reform des liberalen Verfassungsgebäudes zu stellen versucht. Daß die Arbeiterschaft zufolge der doktrinären Verbohrtheit ihrer Führungskraft, ihr gut Teil Schuld an dieser unfruchtbaren Frontstellung von Bürgertum gegen Sozialdemokratie hat, kann nicht bestritten werden. Aber zum mindesten ebenso viel Schuld lastet auf den „historischen“ Parteien mit ihrem spießerischen Unverstand oder ihrer menschlich, aber nicht staatlich verzeihlichen Sesselpolitik. Oder wie will man denn vor Staat und Volk diese grenzenlose Kurzsichtigkeit rechtfertigen, die man soeben in der Bundesversammlung erlebte, wo die sachlich richtige Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Spannung im schweizerisch-italienischen Verhältnis unter der stillschweigenden Billigung der regierenden Parteien durch den Außenminister vor dem Ausland als Parteimache und Wahlmanöver denunziert und so dem Ausland wieder einmal die Waffe gegen unser eigenes Land in die Hand gedrückt wurde. Das schweizerisch-italienische Verhältnis ist genau so ernst, wie es in den sozialistischen Voten geschildert wurde, ohne daß der Anti-Faschismus dabei eine irgendwie ausschlaggebende Rolle spielt. Es geht hier um Dinge zwischen Staat und Staat. Und wenn in der Aussprache im Nationalrat vom letzten Donnerstag und Freitag jemand die Sache des schweizerischen Staates verfochten hat, so war das nicht die Koalition der regierenden historischen Parteien, sondern die der Staatsfeindlichkeit bezichtigte Sozialdemokratie. Man könnte darum gut bei allen Parteien mit den gegenseitigen Anwürfen, man treibe Politik nur für Partei- und Wahlzwecke, etwas sparsamer umgehen. Parteipolitik treibt jede Partei. Entscheidend ist allein, wie weit dieselbe dem Staat und den Interessen der Gesamtheit dienlich ist. Und in dieser Hinsicht steht sicherlich keineswegs fest, daß nur diejenige Parteipolitik den Interessen der Gesamtheit dient, die an deren staatlichen Organisationsgrundlagen keine Änderung vornehmen oder zulassen will.

Über die taktische Einstellung der sozialdemokratischen Partei hat sich Nationalrat Grimm am Parteitag u. a. wie folgt ausgesprochen: es sei in den letzten Jahren versucht worden, „Hochfinanz und Industrie unter die Fahne des Merkantilismus zu bringen“; diesem Versuch habe der Kampf gegen das Getreidemonopol gedient; ferner früher schon die großzügige Organisation gegen die Vermögensabgabe, mit der restlosen Preisgabe des Gedankens einer direkten Bundessteuer, mit dem Eintreten für indirekte Steuern, für Zölle u. s. w. Die Bauern habe man durch Zuwendung vermehrter Subventionen zu gewinnen versucht, habe allerdings damit nicht verhindern können, daß „auf dem Bundesplatz in Bern der Präsident des schweizerischen Nationalrates und der Präsident des bernischen Regierungsrates gegen die Politik der Eidgenossenschaft, gegen die Politik der bernischen Regierung protestierten“. In dem Umstand, „daß das Bürgertum eines demokratischen Landes unter der Führung des merkantilen Finanzministers steht“, will Grimm „die restlose Abdankung der freisinnigen

Partei“ und Liquidierung der eigenen Geschichte durch den Freisinn sehen. Angefangen habe diese „Kapitulation mit der Zulassung des Nuntius“. Endgültig sei „der Verzicht auf die Führung in der schweizerischen Politik“ geworden durch die Zurverfügungstellung der zwei wichtigsten Departemente, eben des Finanzdepartements und außerdem des auswärtigen Departements an die katholisch-konservative Partei. Von der „politischen Bauernbewegung“ heißt es, sie habe bei ihrem Beginn im Jahre 1918 einen Zweifrontenkrieg „gegen den Kapitalismus, gegen die Banken und die Hochfinanz, aber auch gegen den Sozialismus“ führen wollen; „in den letzten zehn Jahren haben aber die Bauernführer den Kampf nur gegen den Sozialismus geführt, sie sind Hand in Hand mit den kapitalistischen Vertretern marschiert“. Den von bürgerlicher Seite gegen die sozialdemokratische Partei erhobenen Vorwurf, sie stelle sich „grundsätzlich außerhalb der Verfassung“, kehrt Grimm um in einen Vorwurf gegen „diejenigen, die unter Mißachtung der demokratischen Grundsätze eine Sesselliberalität abgeschlossen haben, auf daß kein Plebejer oder sonst ein Unwürdiger irgendwie an eine entscheidende Staatsstelle gesetzt werde“, und gegen „jene Herrschaften, die hundert Millionen neuer Zolleinnahmen unter Bruch der Verfassung sich dauernd errafft haben“. Auch einer Stellungnahme zur Landesverteidigung wird mit dem Gegenhieb ausgewichen: „Man spricht so viel von den Sicherheitsmaßnahmen, die im Interesse des Landes getroffen werden müßten, von der Armee, die wir brauchen, um das Land zu schützen. Wenn aber die faschistische Unmaßung weitergeht, wenn man den Faschismus nicht würdig und fest in bestimmte Schranken zurückweist, dann entsteht eine ungleich größere Gefahr für die Sicherheit unseres Landes, als alles, was in den nächsten Jahren sonst passieren kann“.

Zusammenfassend läßt sich über die Sozialdemokratie sagen, daß ihr politisches Programm in erster Linie durch eine Überschätzung der eigenen Kräfte gekennzeichnet ist. Sie führt gewissermaßen einen Vierfrontenkrieg gegen Kapitalismus, gegen Klerikalismus, gegen die des Zollschutzes bedürftige Bauernschaft und gegen die nationale Front. So kann die Arbeiterschaft wohl die Unzulänglichkeit des liberalen Staates tagtäglich neu dartun. Aber wie diese Unzulänglichkeit überwunden und an ihre Stelle etwas Besseres geschaffen werden kann, dafür weist auch sie keinen Weg.

* * *

Aus dem über die einzelnen Parteien Gesagten geht hervor, daß weder der 28. Oktober noch spätere Wahlen wesentliche Änderungen im Stärkeverhältnis der Parteien bringen werden. Die Fronten sind längst erstarrt. Man befindet sich im Stellungskrieg. Der kleinste Geländegewinn nach der einen oder andern Seite muß mit ungeheurem Aufwand und mit Opfern erkämpft werden, die in keinem Verhältnis zum Gewinn und zu dem stehen, was damit erreicht wird. Darum wirkt der politische Kampf von heute so zermürbend auf diejenigen, die daran teilnehmen, und abschreckend auf die, die außerhalb stehen. Der Erfolg lohnt nicht den Einsatz. Das gilt nicht nur für die Wahlen, sondern in noch höherem Maße für die Arbeit, um deretwillen die Wahlen vorgenommen werden: für die Parlamentstätigkeit. Es ist immer der gleiche Eindruck, den man von den Verhandlungen in Bern mit nach Hause nimmt: niemand ist dort von der inneren Notwendigkeit von all dem, was da geredet und verhandelt wird, wirklich überzeugt. Der Einzelne redet, weil er sich persönlich wichtig machen oder weil er seine Anwesenheit in Bern rechtfertigen oder weil er sich seinen Wählern empfehlen will. Von den zwei Duzend Reden, die zur Staatshilfe an die Landwirtschaft während einer Woche gehalten worden sind, war keine einzige der Sache wegen erforderlich. Das sachlich Notwendige hatte die zu diesem Zweck acht Tage vorher einberufene „Expertenkommission“, d. h. die Vertretung der einschlägigen Berufskategorien erledigt.

Im politischen Proporzparlament geht es eben nicht um die Sache, sondern um die Macht. Hätte man, wenn es sich um die Sache und nicht um Machtfragen handelte, wirklich das Getreidemonopol durch die jetzige Lösung ersetzen müssen, die staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsleben ebenfalls nicht vermeiden,

aber viel komplizierter und unrationeller sein wird als die Monopollösung? Würde man Wochen und Wochen über die Verteilungsart für die Erträgnisse des eidgenössischen Benzinzolls an die Kantone verhandeln, wo sachlich doch längst eine grundsätzliche Reform des finanziellen Verhältnisses zwischen Bund und Kantonen dringlich ist? (Diese Debatten haben an Taggeldern, ausgefallenen Arbeitserträgnissen, Druck-, Wartungs-, Heizungs- und Beleuchtungskosten mindestens den Jahresanteil mehrerer Kantone am Benzinzoll verschlungen!) Und ist denn mit den paar Millionen, die man jetzt unter so großem Wortaufwand der Landwirtschaft von Staatswegen zuhält, und die ein Bauernvertreter selbst als Tropfen auf den heißen Stein bezeichnet hat, wirklich etwas Ernsthaftes für den Bauernstand getan? Ist es angesichts solcher Verhältnisse so unverständlich, wenn es Leute gibt, die behaupten, es handle sich dabei um nichts anderes als Wahlpropaganda der regierenden Parteien mit Bundesgeldern?

Das politische Parlament hat seine Fähigkeit zu fruchtbarem Handeln in dem Augenblick verloren, wo es keine absolute Mehrheitspartei mehr in ihm gibt. Die entscheidende Frage ist nun, ob sich auf parlamentarischem Boden jemals wieder eine solche wird herstellen lassen. Wenn nicht, dann ist das Urteil über das politische Parlament gesprochen. Diese Frage muß verneint werden. Das politische Parlament wurde unter ganz andern gesellschaftlichen Voraussetzungen geschaffen, als sie heute bestehen. Heute ist der Großteil der Bürger, entsprechend seiner Berufszugehörigkeit, kollektiv interessiert, handelt und denkt kollektiv. Wer einen Vertreter zu bestellen hat, entnimmt ihn seinem unmittelbaren Interessentenkreis, seinem Berufsstand. Darum finden sich im Parlament unvermeidlicherweise immer mehr Vertreter der Interessen von Berufsständen zusammen. In einem so zusammengesetzten Parlament aber die Zahl entscheiden zu lassen, ist ein Unding. Dabei würden die Berufe, die die zahlreichsten Bürger beschäftigen, die andern Berufe dauernd majorisieren. Der Bauernstand steht ja heute vor diesem Schicksal. Im Verhältnis der Berufe zueinander und zum Volksganzen kann nicht die Macht der Zahl entscheidend sein, auf der das politische Parlament aufgebaut ist. Daher kann ein „Experten“-Parlament, eine Vertretung der Berufsstände auch nie mehr als beratende Befugnisse haben. Das Machtmäßige, die Politik, muß in einer andern Instanz verkörpert werden.

Wir kennen in vielen Kantonen längst die volksgewählte Regierung. Auch der volksgewählte Bundesrat ist eine alte Forderung. Je mehr aber die Verhältnismahl vorwärts schreitet, und ihr Fortschreiten ist wegen der zunehmenden Gliederung der Gesellschaft nach Berufsständen unaufhaltsam, desto mehr ist die Handlungsfähigkeit der volksgewählten Regierung bedroht. Es ist das Verdienst des ebenso mutigen wie durchdachten und in vielen Dingen eigentlich feherischen Buches von Carl Horber über die schweizerische Politik, den Gedanken des volksgewählten Bundespräsidenten in die Diskussion geworfen zu haben. Der volksgewählte Bundespräsident vermeidet die Gefahren der volksgewählten Regierung. Andererseits ist die Volkswahl einer Einzelperson, in der politische Macht und sachliche Führung zusammenlaufen, das einzige Mittel, die erstarrten Fronten des heutigen Parteien-Kampfes aufzulösen und aus dem politischen Stellungskrieg wieder einen politischen Bewegungskrieg mit der Aussicht auf Entscheidungen zu machen, die den Einsatz lohnen. Der Bundespräsident kann nicht, wie der Vertreter ins Parlament, unter dem Gesichtspunkt des berufsständischen Einzelinteresses gewählt werden. Hier entscheiden die großen politischen Linien: Oligarchie oder Wirtschaftsdemokratie, Föderalismus oder Bundesstaat, Wirtschaftspolitik unter privatem oder staatlichem Gesichtspunkt, außenpolitische Einstellung auf den Westen, Süden oder Norden?

kehren wir zum Ausgangspunkt unserer diesmaligen Betrachtung zurück: Vom Ausgang der Wahlen ins Parlament am 28. Oktober sollen die Geschicke unseres Landes abhängen. Die Geschicke unseres Landes hängen aber weder von diesen Wahlen noch von dem dadurch zustande kommenden Parlament ab. „Geschicke“ und damit Geschichte wird unser Land erst wieder haben, wenn der politische Kampf wieder um große Gesichtspunkte geht. Vorausgesetzt, daß uns nicht schon vorher eines Tages von außen „Geschicke“ bereitet werden, denen

wir aber dann wegen unserer inneren Ziel- und Sorglosigkeit nur ungenügend gewachsen sind.

U r a u, den 3. Oktober 1928.

H a n s D e h l e r.

Nationale Friedenspolitik.

Krieg ist Politik, weitergeführt mit dem Mittel der Gewalt. Wo die Diplomatie im Erstreben eines Zieles nicht mehr durchzudringen vermag, tritt die Armee an ihre Stelle und übernimmt die Aufgabe; dann sprechen die Waffen. Die Erscheinung des Krieges ist dem Geiste des Abendlands immanent. Es ist makrokosmischer Kampf ums Dasein.

Krieg an und für sich ist Unsinn. Unermeßliche Werte, Werke vieler Generationen werden zerstört, Leiber von Menschen der Verwahrlosung preisgegeben oder zerlegt in Massengräber geschaufelt. Seelen fallen der Verrohung und Verwilderung anheim. Gewiß, Krieg ist sinnlos; der denkende, vernünftige Mensch muß ihn verdammen. — Dies sein Anathema aber soll sich, entsprechend der Betrachtung, erstrecken nur auf das isolierte Objekt, den Krieg selbst. Wo er nicht Selbstzweck, sondern einzige und letzte Möglichkeit bildet, um einen vom sittlichen und moralischen Standpunkt aus gebilligten oder herbeigewünschten Zustand zu erwirken, darf seine Wertung nicht mehr dermaßen negativ ausfallen; denn der Zweck heiligt die Mittel. Voraussetzung bleibt, daß tatsächlich ein anderer Weg nicht offen steht, daß zum Krieg als letztem Mittel geschritten wird.

Aufgabe unserer schweizerischen Armee ist, uns die politische Unabhängigkeit zu sichern und damit die Schrecken eines künftigen Krieges vom nationalen Boden fern zu halten. — Wir müssen den Mut haben, die Dinge zu sehen wie sie sind. Der politische Horizont ist durchaus nicht hell; das Vertrauen in die Macht des Völkerbunds ist, vielleicht mit Recht, gering. Aus den Pakten wider den Krieg spricht gegenseitiges Mißtrauen; keine Verständigung über das Maß der Abrüstung in Genf; im Gegenteil, die Großstaaten bereiten sich für alle Möglichkeiten vor. Genf selbst erklärt darum als Friedensgarantie die Notwendigkeit der nationalen Verteidigung, die Notwendigkeit eines Wächters über die Unverletztheit des Staatsgebiets. Es erklärt damit die Notwendigkeit der Armee. Uns Schweizern ist sie noch anderswo ausgesprochen: in der Grundlage unseres Staates, der Verfassung; die Mehrheit des Volkes will, daß eine nationale Armee besteht, der schweizerische Souverän hat die Notwendigkeit als eine solche erkannt. Daß dies Heer tüchtig und schlagbereit sein muß, ist selbstverständlich; denn nur dann rechtfertigt es die Lasten, die der Bürger um seinetwillen trägt und zu tragen gewillt ist, nur dann ist es überhaupt imstande, seine Aufgabe zu erfüllen, erfolgreich für Erhaltung der politischen Unabhängigkeit einzustehen. Auf diese Bereitschaft zu achten, für die Beseelung der Armee mit gutem nationalem Geist zu sorgen, muß uns, zwar nicht erste, aber eine Pflicht sein. Wie aber, wenn unser Heer vermindert und noch weiter vermindert werden soll, den versponnenen Ideologien oder Wühlereien unverantwortlicher, blinder oder lächerlich utopistischer Elemente zufolge?

Anderseits aber muß uns Gewißheit gegeben sein, daß unsere Armee zweckgebunden und letztes Mittel bleibt. Und sie ist uns gegeben; denn Form, Umfang und Tätigkeitsfeld der Armee sind ebenfalls, beschränkt auf ein Mindestmaß, gesetzlich genau umschrieben. Ihre Gestaltung entspricht der Auffassung der Mehrheit des Volkes. Noch eine weitere Sicherung gegen uns selbst besteht: unsere selbstgewählte, im Pariser Vertrag von 1815 niedergelegte und von den europäischen Großmächten anerkannte Neutralität. Die Idee des „Stillesitzens“, wie der alte Rechtsausdruck dafür lautet, ist bei uns viel zu tief eingewurzelt, als daß wirklich die Gefahr einer Übertretung durch schweizerische Organe bestünde. Nur um uns zu schützen, nur um Zerstörung und Verwüstung vom

Land abzuhalten, greifen wir zu den Waffen: nur bei jener Lage der Dinge, in der die modernen Gesetze dies auch dem Einzelindividuum ausdrücklich erlauben, dann nämlich, wenn wir in Notwehr handeln. Für diesen Fall der Not jedoch sind wir bereit. Das ist nicht undemokratischer Militarismus. Von solchem kann nur da gesprochen werden, wo es sich um eine Überordnung der militärischen Gewalt über die bürgerliche, wo es sich um Vorherrschaft militärischer Instanzen und Auffassungen handelt. Bei uns in der Schweiz jedoch sind alle militärischen Stellen den bürgerlichen Gewalten (Wahl des Generals durch die Bundesversammlung) unterstellt, und man kann deshalb mit Fug behaupten, daß die schweizerische Heeresorganisation den direkten Gegensatz einer militaristischen darstellt.

Noch ein weiterer Einspruch gegen die Daseinsberechtigung der schweizerischen Armee soll hier abgewiesen werden. Es handelt sich um den abgedroschenen, allzu oft erhobenen Vorwurf, daß sie zahlenmäßig oder in Bezug auf technische Qualitäten zu schwach sei, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Es wird im Zusammenhang damit darauf hingewiesen, daß die Unmöglichkeit, sich aus den Erzeugnissen des eigenen Bodens allein zu ernähren und die daherige zwangsmäßige Verknüpfung in den internationalen Gütertausch der Schweiz eine Friedenspolitik im Sinne einer vollständigen Demobilisierung aufzwingt. Als ob es überhaupt auf unserm Kontinente einen kulturell hochstehenden Staat gäbe, der sich längere Zeit aus sich selbst heraus ernähren oder ohne Außenhandel bestehen könnte. Nein, nicht aus innerer Schwäche, sondern aus reiner Vernunft haben wir Friedenswillen. Hier über die Frage zu streiten, ob die Schweiz gegebenenfalls imstande wäre, den nationalen Boden vom Feinde frei zu halten, ist entschieden nicht am Platze. Gesagt sei nur, daß, wer sie verneint, eine leere Behauptung aufstellt, die nicht bewiesen werden kann; denn sein „Beweis“ würde strotzen von Konjunktiven und unbestimmten Voraussetzungen; zu viele Größen sind unbekannt. Jedenfalls kommt ein Kriegsfall Schweiz einerseits — eine Großmacht andererseits, wie er solchen Betrachtungen in der Regel zugrunde gelegt wird, in Wirklichkeit bei der politischen Lage der Schweiz als Pufferstaat nur ganz unwahrscheinlich in Frage.

Gegenwärtige politische Konstellation, soziale Lage, der verbissene wirtschaftliche Kampf, müssen die nationale Armee als eine Notwendigkeit erscheinen lassen; denn der Gewalt kann nur mit Gewalt begegnet werden. Durch ihre Einkleidung aber in die Form der Defensivarmee bekunden wir unsern ernstesten Willen zum Frieden.

Basel.

Rudolf Erb, cand. oec. publ.

Zur politischen Lage.

Der Bankrott der Locarnopolitik. — Wieder ein Bankeröttchen in der Völkerverbundspolitik.

Es ist gekommen, wie es kommen mußte. Der Bankrott der Locarnopolitik ist schließlich öffentlich geworden. Was den unterrichteten Kreisen seit Monaten klar war, das haben die Genfer Verhandlungen nun jedermann klar gelegt und ebenso das begleitende Pressekonzept diesseits und jenseits des Rheines. Zwar hat man auch in Genf nach alter Gewohnheit und bewährtem Muster zuerst versucht, der gutgläubigen Welt weiter Theater vorzuspielen. Frankreich gab sich während einiger Zeit noch weiter den Anschein, als ob ihm an einer zunehmenden Vereinigung des Verhältnisses zu Deutschland auch jetzt noch etwas gelegen sei. Als die Verhandlungen dann aber lebhafter wurden und die Deutschen auf die Umwandlung der Liebeserklärungen in handgreifliche Beweise des französischen guten Willens drängten, da ließ man einmal auf kurze Zeit die Maske fallen. Der große Friedensmann Briand fand jetzt Worte, die man sonst nur von Poincaré und den Vertretern des offen nationalistischen Frankreich gewöhnt ist. Was den französischen Außenminister zu diesem

Seitensprung, zu diesem Verlassen einer sonst so folgerichtig gespielten Rolle veranlaßt hat, das bleibt für die Leute außerhalb der Kulissen schleierhaft. War es der Wunsch Poincarés? War es ein sorgfältig vorbereiteter und genau berechneter Schritt oder ein spontaner Gefühlsausbruch? Darauf die Antwort zu geben, ist unmöglich. Auf jeden Fall war Briand bald über die durchschlagende Wirkung seiner Rede selbst recht betreten. Er hatte für die französische Sache geradezu zu gut gearbeitet. Und eifrig ging man wieder an das Verwebeln, an das Verdunkeln der für einen Augenblick so fatal durchsichtig gewordenen Lage. Und der Schluß der Verhandlungen brachte wieder die gewohnte Friedensstimmung des Genfer Klimas mit ihrer ganzen Verlogenheit und einen faulen, nichts sagenden und vorläufig zu gar nichts verpflichtenden Kompromiß als Ergebnis der ganzen Verhandlungen.

Die politische Lage in Europa ist damit für jeden, der sehen will, geklärt. Das Kapitel Locarnopolitik ist abgeschlossen. Man weiß jetzt, daß man in Frankreich einig ist, es hier zu keiner großzügigen Lösung gelangen zu lassen. Nur eine großzügige Lösung der zwischen Deutschland und Frankreich vorhandenen Streitfragen kann die endgültige Beruhigung des Kernstückes des europäischen Festlandes mit sich bringen. Zu einer solch großzügigen Lösung kann das mühsame, gequälte Weitermurksen, wie es nun seit zwei Jahren vor sich geht, nie und nimmer führen. Bismarck hat seinerzeit nach 1866 in der Behandlung Österreichs das Beispiel für eine solch großzügige Lösung gegeben. England hat sie mit seiner Behandlung der Buren in Südafrika und jüngst wieder mit der Gewährung der Unabhängigkeit an Irland gegeben. Eine solche Lösung kann natürlich nur von dem augenblicklich Stärkern im Hinblick auf eine fernere Zukunft eingeleitet werden. Ihre Durchführung erfordert meist von diesem Stärkern Teile erhebliche, sehr erhebliche Opfer. Die Belohnung dafür aber kann dann auch eine lange dauernde und wirkende Beruhigung sein. Für eine solche Politik der weiten Sicht, eine wahrhaft europäische Politik ist Frankreich heute noch keineswegs zu haben. Ob es je dafür zu haben sein wird? Das wird für die Zukunft Europas eine entscheidende Frage sein.

Man kann es den Franzosen auch durchaus nicht verdenken, daß sie den Weg zu einer solchen Lösung noch nicht finden. Gerade für sie würde er erhebliche Opfer erfordern, da sie 1918 die Gelegenheit benutzt haben, um sich eine möglichst günstige Stellung zu verschaffen. Davon haben sie allerdings schon manches Stück preisgeben müssen. Manche Hoffnung ist zu Wasser geworden. Rheinlandpläne der Jahre 1918—23 sind wohl endgültig dahin. Im Saargebiet sucht man sich durch allerlei Kniffe wenigstens Teilstücke von besonders bedeutendem wirtschaftlichem Werte zu sichern, während die Erwartungen auf den Erwerb des ganzen Landes auch bereits begraben sind. Aber zäh halten die Franzosen die im Friedensvertrag festgesetzten Rechte fest. Sie pochen auf den Buchstaben und wollen nur dann davon abweichen, wenn sie entsprechende Gegenleistungen erfahren. Für ein gutes Verhältnis zwischen dem deutschen und dem französischen Volke aber wäre es nötig, daß Frankreich raschestens aus dem Rheinland verschwindet, den Saarstaat unter der traurigen Völkerbundverwaltung liquidiert, die Rückgabe von Eupen-Malmédy ungestört vor sich gehen läßt und schließlich auch die Frage Elsaß-Lothringens so löst, daß dort die deutsche Landesart die Luft zu atmen und die Bestimmung des eigenen Geschicks hat. Die Frage der Kolonien u. s. w. kann daneben im Hintergrund bleiben. Nach einer solchen Neuordnung der Verhältnisse wäre Grundlage für ein Zusammengehen und Zusammenarbeiten von Deutschen und Franzosen vorhanden. Und noch etwas müßte dazukommen: Frankreich müßte die seit den Tagen Ludwigs XIV. folgerichtig durchgeführte Politik der östlichen Einkreisung Deutschlands aufgeben. Man sieht, das Programm ist nicht klein. Es bedeutet nichts weniger als eine vollständige Umstellung der französischen Außenpolitik. Angesichts der völlig veränderten, statt von europäischen nun von weltpolitischen Gesichtspunkten beherrschten Gesamtlage drängt sich ja allerdings eine Umstellung der europäischen Staatenpolitik auf, aber wo ist der überragende Staatsmann zu finden, der das durchführen könnte? Wer bringt es fertig, die maßgebenden Kreise zunächst der Festlandsstaaten neu denken zu lernen?

Einstweilen ist lediglich noch einmal festzustellen, daß der von der bittersten Not erzwungene Anlauf zu einer Besserung der Festlandspolitik verfauldet ist. Die Not hat nachgelassen und damit auch die Triebkraft. Die großzügigen Gedanken sind aus der Locarnopolitik verschwunden und ein Feilschen um größtenteils rein taktische Dinge, ein Ringen um Zeitgewinn und dergleichen Dinge ist an die Stelle getreten. Es ist kein Ernst mehr bei der Sache. Die Franzosen strengen sich an, im Rheinland eine Kontrollkommission zu erhalten, also die an und für sich lächerlichen Überwachungsbestimmungen des Versailler Vertrages noch zu verschärfen. Das ist ein Versuch am untauglichen Objekt, ein Widerspruch zu der ganzen Locarnopolitik. Weniger kann man dies von dem zweiten Punkt der Genfer Verhandlungen sagen, von einer Einbeziehung der Reparationsfragen, der Finanzfragen, in den Rahmen der ganzen deutsch-französischen Auseinandersetzungen. Auch dieser Punkt muß ja einmal erledigt werden; je früher man daran geht, umso besser. Aber in welchem Geiste wird man an die Behandlung dieser Frage herantreten? Ich vermag da keine großen Hoffnungen zu haben. Das Ergebnis der Verhandlungen in Genf bedeutet im Grunde genommen nichts als eine Vertagung in verhüllter Form. Es bedeutet aber zugleich damit eine erneute Vernichtung aller der Hoffnungen, die man an die Locarnopolitik geknüpft hat.

Die Verantwortlichen für diese Wendung hat man allerdings nicht in erster Linie in Paris zu suchen, sondern in London. Die englische Regierung arbeitet nicht mehr an der Festigung der beginnenden europäischen Verständigung, sie hintertreibt im Gegenteil diese Verständigung. Es war ja zu erwarten, daß England eine enge Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich nicht gerne sehen würde. Man hat auf dem Festlande einigermaßen Ruhe geschaffen durch Locarno. Jetzt geht man wieder mit Frankreich zusammen und holt dabei für die eigene Politik möglichst viele Vorteile heraus. In Paris haben diese Wendung natürlich alle diejenigen Kreise mit Freude begrüßt, denen die ganze Locarnopolitik durchaus wider den Strich ging, an der Spitze Poincaré.

Wie stellt sich nun aber Deutschland dazu? Es muß einstweilen zu dem bösen Spiele gute Miene machen. Andere Möglichkeiten bestehen vorläufig nicht. Der Ruße im Osten bedeutet augenblicklich nicht sehr viel. Man kann ihn kaum als Gegenspieler verwenden. Mit der sprunghaften und völlig unberechenbaren Politik Mussolinis zusammenzugehen, hat gar keinen Sinn. So betont man denn die Freundschaft mit Amerika. Was dabei aber herauskommen wird, weiß einstweilen kein Mensch. Die Verlegenheit ist jedenfalls groß und Herr Stresemann wird sich kaum sehnen, nach Berlin und an die Spitze der Außenpolitik zurückzukehren. Er überläßt das Auskosten dieser Lage wohl sehr gern den Sozialdemokraten. Es ist schon eine Ironie des Schicksals, daß gerade ein Verständigungspolitiker wie Müller in Genf die Ohrfeige von Briand in Empfang nehmen muß, daß die Linksrregierung gerade in dem Augenblick an das Ruder gekommen ist, wo der Bankerott der Locarnopolitik offenkundig geworden ist.

* * *

Ein kleineres Bankeröttchen hat auch wieder einmal die Völkerbundspolitik erlebt, wenn nämlich diese irgend einen Sinn haben soll. Wieder mußte die Tätigkeit der Völkerbundsversammlung vor den Verhandlungen der Großmächte bescheiden zurückstehen. Wieder mußten alle kitzligen Streitfragen einfach verschoben werden. Wieder wurde das Problem der allgemeinen Abrüstung um keinen Schritt gefördert, sondern auf den Weg geschoben, der geradezu unendlich ist. Man könnte dieses Ergebnis der Genfer Verhandlungen einen Bankerott nennen, wenn es etwas Neues wäre. Da das aber nicht der Fall ist, sondern da wir das Gleiche nun schon oft erlebt haben, so nimmt man es auch nicht mehr tragisch. Wohl hat der Völkerbund eine schlechte Presse, aber das wird bald vergessen sein. Und seine unentwegten Freunde, die fest an die ideale Gestalt ihres Ideals glauben, die sind auch jetzt mit ihm zufrieden.

Bemerkenswert war auch bei dieser Völkerbundsversammlung die Haltung der Vertreter der nordischen Neutralen, vor allem derjenigen Schwedens und Norwegens, ab und zu auch der Hollands. Hier finden wir wirklich eine Politik, die die tönende Phrase, die in Genf so wunderbar klingt und die Welt so weithin täuscht oder wenigstens zu täuschen scheint, in Wirklichkeit umwandeln möchte. Erfolg ist diesen Bestrebungen bisher nicht bestimmt gewesen. Es blieb bei der Demonstration mit Reden und auch mit der Stimmabgabe. Die Schweiz ist wie immer nicht einmal so weit gekommen.

Eine scharfe Quittung für seine bisherige Politik hat der Völkerbund von dem diesjährigen Minderheitenkongreß in Genf erhalten. Schon in den vorigen Jahren war die Kritik innerhalb der Reihen dieser vom politischen Wirrwarr in Europa in erster Linie betroffenen Gruppen recht lebhaft. Man warf dem Völkerbund seine Untätigkeit in der Minderheitenfrage vor. Jetzt ist diese Kritik viel schärfer geworden, nachdem soeben die Minderheitenabteilung des Völkerbundes mit einem Manne besetzt worden ist, in dessen Objektivität man starke Zweifel setzt. Es gaben eben auch für diese Stellenbesetzung im Völkerbund nicht sachliche Gründe den Ausschlag, sondern rein politische. Und so wendet man sich auch in den Minderheitenkreisen von Genf ab und richtet seine Blicke nach Amerika, was durch das Telegramm dorthin versinnbildlicht wurde. Auch das ist ein Bankerott!

U r a u, den 4. Oktober 1928.

S e k t o r A m m a n n.

Bericht aus dem Deutschen Reiche.

„Die kommenden Wahlen werden im Zeichen des Niederganges unseres Weimarer Systems stehen.“ So lautete die Gesamtprognose, die ich den Reichstagswahlen im letzten Berichte stellte. Man gestatte dem Propheten die bescheidene Genugtuung, daß er Recht behalten hat. Wohl würde es den Rahmen der vorliegenden Betrachtung sprengen, wollte ich eine eingehende Darstellung der parteilichen Verschiebungen geben, welche die letzte Wahl gebracht hat. Viel wichtiger dagegen dürfte es sein, das Wahlergebnis gewissermaßen auf einen soziologischen Generalnenner zu bringen. Wenn wir uns zu diesem Vorgehen entschließen, so darf als oberste These aufgestellt werden: Die Gleichgültigkeit gegenüber dem Wahlvorgang hat zugenommen, die Wahlversammlungen waren unbesucht, Minister mußten als Wahlredner vor gähnend leeren Sälen umkehren, mit kühler Ironie beobachtete das Volk den gewaltigen Aufwand an unnützer Propaganda. In der jüngeren Generation fand die Stimmung für einen Wahlprotest (Stimmenthaltung) bemerkenswerten Widerhall.

Eine große Stimmenverschiebung fand nicht statt. Die Sozialdemokratie dankt ihren Sieg der Zersplitterung des Bürgertums. Dank ihrer primitiven Wählerschaft vermag sie mit dem Rest von Schwung, den sie als ehemals revolutionäre Partei noch besitzt, ihre Massen geschlossener in die Wahlschlacht zu werfen, als das skeptisch gewordene und ideenbare Bürgertum. Die Zersplitterung desselben artete demnach auch bis zur Groteske aus und seine parlamentarische Schwächung war die Folge.

Als aber die Diäten gesichert, das Rennen nach den Ministersejdeln beendet war, griff eine allseitige Ernüchterung Platz. Es gab wohl keine Partei, die nicht ihre inneren Auseinandersetzungen aufzuweisen hatte. Am meisten besprochen wurde wohl diejenige, welche in der Deutschnationalen Partei durch den Fall Lambach entstand. Nicht als ob es sich dabei um einen Führer überragenden Grades gehandelt hätte. Nicht als ob der Programmpunkt „Bekanntnis zur Monarchie“ im Mittelpunkt des Interesses stünde. Im Gegenteil! Es handelte sich um einen grundsätzlichen Vorstoß gegen die Unfruchtbarkeit der nationalen Opposition, die überdies unter dem Zwiespalt leidet, als parlamentarische Partei einem feindlichen System eingegliedert zu sein, als Volksbewegung durch eben diese Eingliederung gehemmt zu werden. Gegen diese Sterilität erhob der Flügel

der Jungen Widerstand. Darob große Entrüstung bei den Unentwegten, an ihrer Spitze der pressengewaltige Hugenberg, von dem man in Umkehrung des bekannten Wortes sagen könnte, daß er das Gute will, aber dadurch das Böse schafft. Die Austragung dieses Konfliktes ist aufgeschoben, aber nicht aufgehoben. Die Stunde wird kommen, wo die Deutschnationale Partei sich wird verantworten müssen, wie sie ihren Auftrag, das nationale Gewissen des Volkes zu bilden, ausgeführt hat. Sie wird diese Frage bejahen können, wenn sie Trägerin der gesellschaftlichen und staatlichen Neuschöpfung geworden ist; sie wird zu leicht befunden werden, wenn ihre Vorstellungswelt über die Horizonte des Wilhelmianischen oder gar des Weimarer Zeitalters nicht hinausgewachsen ist.

Bedeutsamer als die Niederlage der Rechten und sicher kennzeichnender für die Gesamtentwicklung ist die Einbuße, welche die Wahl der sogenannten bürgerlichen Mitte brachte. Die Demokraten sind innerhalb eines Jahrzehntes zu einer Zwergpartei zusammengeschmolzen, die Opponenten vom Range eines Geflügels und eines Schacht gefunden hat. Dazu kommt der auf hoher geistiger Warte entwickelte Widerstand eines Hellpachs, der in seiner „Politischen Prognose“ gerade kein Loblied auf das Deutschland von Weimar gesungen hat. Die Deutsche Volkspartei, schon längst mehr eine Partei der Nützlichkeit als des großen politischen Zuges, leidet an einer doppelten Bedrängnis: der Krankheit ihres Führers, der gerade für seine Partei mehr bedeutet als sonst der Führer für jede andere Partei sodann an der offenkundigen Erfolglosigkeit der deutschen Außenpolitik seit Locarno. Ebenfalls schwer in Mitleidenschaft gezogen ist das Zentrum, das Dr. Stresemann niemals das Scheitern des Reichsschulgesetzes verzeihen wird. Auch es hat innere Probleme aufzuweisen, um deren Lösung es vergeblich kämpft. Kaum war der Konflikt mit Wirth beendet — man spricht überhaupt von einer merkwürdigen Wandlung des ehemaligen Reichskanzlers —, so erfolgte eine Revolte der Jungen. Dazu kommt jene geistige Auseinandersetzung in der katholischen Welt, welche eine neue Stellungnahme der christlichen Ethik zu der kapitalistischen Wirtschaftsform vorbereitet.

Die Siegesfanfare der Sozialdemokratie klang schon gedämpfter, als anläßlich der Regierungsbildung keine Partei die verantwortlichen Ministerien übernehmen wollte. Beliebt sind nämlich nur die Ressorts, wo Personalpolitik (sprich: Futterkrippenwirtschaft) getrieben werden kann. Ganz anders jene Ministerien (z. B. das Reichsarbeitsministerium), welche für die Lohnpolitik und damit für die Stimmung breiter Wählermassen verantwortlich sind. Nicht viel hätte gefehlt und die Stelle eines Reichsarbeitsministers wäre zur öffentlichen Bewerbung ausgeschrieben worden. Das sind nun Folgen des parlamentarischen Systems, die seine Lobredner sicher nicht vorausgesehen haben. Der große Krach in der Sozialdemokratie kam aber post festum. Der armjelige Panzerkreuzer, eine der wenigen Säulen, die von verschwundener maritimer Pracht zeugen, der aber wegen der Abschneidung Ostpreußens eine nationale Notwendigkeit ist, wurde die unschuldige Ursache einer Krise in der Sozialdemokratischen Partei. Es ist eine unangenehme Begleiterscheinung des Regierens, daß die Sozialdemokratie gezwungenermaßen diesen Panzerkreuzer jetzt gegen den radikaleren marxistischen Bruder verteidigen muß, der dieserhalb ein Volksbegehren beantragt hat. (Die Eigentümlichkeit, daß ein 65 Millionenvolk einmal darüber abstimmte, ob ein Kriegsschiff gebaut werden soll oder nicht, wird ewig als Entartungserscheinung eines überlebten Systems vorgezeigt werden.)

Auch die Tagung der interparlamentarischen Union stand scheinbar unter dem Zwange dieser Erkenntnis, welcher sich der Einsichtige doch kaum entziehen kann. Aber was in Berlin über die Krise des Parlamentarismus gesprochen und zu ihrer Beseitigung vorgeschlagen wurde, läßt doch den Schluß zu, daß der echte Staatsmann scheinbar zu den ausgestorbenen Typen gehört. Im Gegensatz zu diesem waren anscheinend in Berlin nur Politiker versammelt, die sich zum Staatsmann verhalten wie der Literat zum Dichter. Wenn einmal der Literat als ein Mann bezeichnet wurde, der schreiben, aber nicht denken kann, so könnte man vom Politiker behaupten, daß er reden, aber keinen Staat führen kann. So auch hier. Zur Beseitigung der sogenannten Auswüchse des Parlamentarismus wurde eine Reihe von Mitteln vorgeschlagen: Wahlrechtsreform, Änderung

der Vertrauensklausele und ähnliche äußerliche Behandlungsmethoden. Es scheint keinem von den Rednern der dem Soziologen schon längst geläufige Gedanken gekommen zu sein, daß der Gesellschaftsaufbau der abendländischen Völker sich mittlerweile durch die Verstädterung, die Arbeitsteilung, die gesellschaftliche Umschichtung, den Ausbau der Presse, des Schulwesens und durch Veränderung der geistigen Zuständigkeit gewandelt habe, daß der Parlamentarismus, die politische Form einer ganz anders gearteten Gesellschaft, überlebt sein könne, daß er ein altmodisches Gewand sei, das eine andere Körperlichkeit nicht mehr kleidet. Wem von all' diesen besessenen Politikern kommt der einfache Gedanke, daß die moderne Massenpartei etwas anderes ist als jene Honoratiorenparlamente des klassischen Parlamentarismus, in denen sich um gleichwertige Führerpersönlichkeiten Fraktionen bildeten. Damals fand sich die unbestritten herrschende Gesellschaft zur Staatsführung in Parlamenten zusammen. Heute drängen Massenparteien in die Parlamente, um die herrschende Gesellschaft zu vernichten. Führertum und Staat kommen dabei naturnotwendig ins Hintertreffen.

Diese Erfahrung mußte auch der jetzige Reichskanzler Müller machen, als der oben erwähnte Panzerkreuzerkonflikt ausbrach. Aber nicht nur Enttäuschungen dieser Art wurden den Führern der Sozialdemokratie bereitet. Auch außenpolitische Träume waren rasch ausgeträumt, womit nicht gesagt ist, daß sie nicht über kurz oder lang wiederum das leichte und angenehme Dasein von Träumen führen werden. So mußte zunächst der freundlich lächelnde Herr Löbe, der als kleinbürgerlicher Biedermann auf internationalen Kongressen verjöhnende deutsche Händedrucke austeilte, zu seinem Staunen feststellen, daß „die Stimme des arbeitenden Mannes“ bei Deutschlands Gegnern genau so peinlich empfunden wird, wie Ansprüche, die der etwas selbstbewußtere „deutsche Junker“ anzumelden pflegte. Es geschah dies im Zeichen des Wiener Sängerbundfestes, wo Herr Löbe sich bemüht fühlte, die selbstverständliche Einheit des deutschen Volkes in die politische Sprache zu übersetzen. Das Echo aus Frankreich war mehr als unfreundlich. Eine Betrachtung darüber, warum der Sozialismus in Deutschland und in Deutsch-Osterreich ansehlich freundlich ist (das Volk ist es in beiden Ländern selbstverständlich), soll hier unterdrückt werden. Obwohl eine solche Überlegung interessante Lichter auf die Verquickung von Volksgefühlen und Parteiinteressen werfen würde. Festgestellt sei nur, daß der Anschluß — zum Unterschied von sonstigen volksdeutschen Erwägungen — bei der Sozialdemokratie deshalb beliebt ist, weil er angeblich keine Machtfrage, sondern nur eine solche des Selbstbestimmungsrechtes sei. Die betrübliche geschichtliche Erinnerung, daß die Einigungen Nordamerikas, Italiens und vor allen Dingen des Deutschen Reiches reine Machtfragen waren, scheint diesen „Realpolitikern“ entfallen zu sein. Das französische Echo des Sängerbundfestes bedeutete deshalb eine unsanfte Aufrüttelung aus Träumen, die in der Welt, wo sich die Sachen hart im Raume stoßen, nicht erlaubt sind. Auch Herr Reichskanzler Müller mußte sich in Genf sagen lassen, daß es in der Außenpolitik nur Völker und keine Parteien gebe. Es ist für ihn, dessen Partei vor der Wahl mit dem Argumente arbeitete, eine Linksregierung würde sich mit Frankreich besser verständigen als eine Rechtsregierung, eine bittere Lehre gewesen, daß seine mannhafteste Rede, die ihm im Reiche von allen Parteien gedankt wird, eine Entgegnung fand, die an Schärfe alles übertraf, was in den letzten vier Jahren dem deutschen Volke gesagt wurde.

Damit ist die außenpolitische Lage des deutschen Volkes umrissen. Bemerkenswert ist, daß seine hoffnungslos isolierte Lage heute, abgesehen von einigen Benebelungsversuchen, allgemein im Reiche erkannt wird. Eine tiefe Welle der Entmutigung geht durch das deutsche Volk und man weiß nicht, wann daraus eine Welle des Widerstandes werden kann. Bei der wirklichen Verständigungsbereitschaft des deutschen Volkes und bei dem fast sträflichen Optimismus seiner Außenpolitik wäre es klüger von Briand gewesen, seine Genfer Rede nicht zu halten. Er hätte den allzu Gutgläubigen im Reiche die Augen nicht geöffnet und es wären ihm vielleicht Übertölpelungsversuche gelungen, die heute aussichtsloser erscheinen denn früher. Heute, fast zehn Jahre nach Kriegsende, stellen wir im Reiche fest, daß die Fesseln von Versailles um kein einziges

Kettenglied gelockert wurden, daß im Gegenteil fast jede uns vertragsmäßig zustehende Erleichterung neu erkauft werden muß. Aber auch diese Handelsgeschäfte werden einmal ein Ende haben, nicht nur an der Grenze dessen, was ein Volk an Sklaventum auf sich zu nehmen gewillt ist, sondern auch durch Erschöpfung der wirtschaftlichen Möglichkeiten. Ich weiß, daß der Ausländer angesichts des deutschen Wiederaufbaues nicht nur in Rufe des Erstaunens ausbricht, sondern auch oft Zeichen der Mißbilligung äußert. Dazu kann gesagt werden, daß mancher Aufwand, der das äußere Bild des Reiches mit Glanz umgibt, gerade von besten nationalen Kreisen nicht gebilligt wird. Wohl gibt es Erklärungen für diesen Aufwand: Es mag sich dabei um einen demagogischen Grundzug der Zeit handeln, den Massenfortschritt und die staatliche Fürsorge zu beweisen. In vielen Fällen aber ist der größere öffentliche Verbrauch eine Folge des Zwanges, den die wirtschaftliche und politische Unfreiheit auf das deutsche Volk ausübt. Dies mag paradox klingen, ist aber doch so. Wie viel große, ins Auge fallende öffentliche Anlagen wurden nur errichtet, um die riesige Zahl der Erwerbslosen zu beschäftigen, welche wir dem gegnerischen Wirtschaftsdrucke und der Verengung unseres Lebensraumes verdanken. Das ist vielleicht keine Entschuldigung, aber immerhin eine vernünftige Erklärung für manche Erscheinung, die den Ausländer vor Rätsel stellt.

Übrigens weiß man nicht, ob das Fundament unserer Wirtschaft einen stärkeren Druck aushält, oder ob ein starker Windstoß das allzu lustige Gebäude umweht. Das sind alles Fragen, die auf den üblichen Wirtschaftstagungen mit größter Skepsis erläutert wurden. Die Jahreszahlungen des Normaljahres, welches nach dem Dawesplan vor einigen Wochen begonnen hat, werden sicher nicht auf lange Sicht ertragen werden können. Darüber hinaus aber fragt es sich, wie lange man glaubt, im Zeitalter christlicher Humanität, der Freiheit und der Völkerverjöhnung — so nennt man doch die geistige Scheidemünze unserer Tage — die Folgen einer Kriegsniederlage für ein Volk aufrecht halten zu können, das doch immerhin der Welt seinen Willen bewiesen hat, ein freies Eigendasein zu führen. Zehn Jahre nach dem Kriege stellen wir mit Bitternis fest, daß die Welt sich daran zu gewöhnen beginnt, das zahlenmäßig größte Kulturvolk Europas als ihren ewigen Schuldner zu sehen.

Es mag nun sein, daß der außenpolitische Kurs des Reiches nach dem Kriege eine gewisse Zwangsläufigkeit aufwies, die bis zur heutigen Stunde führte. Diese politische Linie kann aber in einem verschiedenen Geiste beschritten werden. Der genaue Kenner ungarischer und reichsdeutscher Verhältnisse versteht, was ich mit dieser Parallele andeuten will. Eine Politik von der inneren Stärke der ungarischen, in der Wilhelm-Straße betrieben, würde wahrscheinlich das Bild der europäischen Politik wesentlich verändern. Es mag sein, daß die harte Hand, welche Frankreich seit einigen Monaten aus einer Reihe von Gründen zeigt, eine solche Wandlung der deutschen Politik vorbereitet. Geschieht dies nicht auf evolutionärem Wege, so werden sich die latenten Energien des deutschen Volkes wohl mehr auf der Plattform der inneren Politik entfalten. Es würden wahrscheinlich auf diesem Wege die Voraussetzungen einer andersgearteten Außenpolitik entstehen. Man vergeße nicht, daß revolutionäre Innenpolitik als letzte revolutionäre Geistigkeit auch zu einer revolutionären Außenpolitik führt. Manchmal möchte derjenige, der in großen geschichtlichen Vorstellungen zu denken gewöhnt ist, annehmen, daß Europa dieser stürmischen Entwicklung zudränge und als ob Hermann Stegemann Recht hätte, wenn er meint, daß das gefesselte Mitteleuropa in viel höherem Maße die Geschichte Gesamteuropas bestimmen wird, als das frühere Deutsche Reich. Die erzwungene Erfolglosigkeit der deutschen Außenpolitik wird die innere Bereitschaft zu großen Umwälzungen innerhalb des deutschen Volkes verstärken. Die antiparlamentarische Front wird wachsen, sie wird sich in den nächsten Jahren ihre Form geben. Vorhanden ist sie schon, sie harret nur der Formgebung und Führung. Noch nie ist im Deutschen Reiche so viel Gutes, Ernsthaftes und Hochgeistiges über Staatsidee, über Staatsethos u. s. w. geschrieben und gesagt worden, wie gerade eben. Die wilhelminische Ära erscheint geistig und geistespolitisch dem Rückblickenden geradezu als eine Wüste im Vergleiche zur Gegenwart. Nur leben

diese Dinge bisher nur auf der Ebene des Geistigen und haben noch keine gesellschaftliche und politische Wirklichkeit gewonnen. Aber die große Krise wird kommen, wo das „Neue“ durchbricht und die Geistigen ihre Gefolgschaft finden. Männer, die noch vor kurzem als restlos verwurzelt in dem System von Weimar galten, beschäftigen sich heute mit der großen Frage der Gesamtreform deutschen Lebens. Nur Namen wie Hellpach, Geßler und Luther seien in diesem Zusammenhange genannt. Vielleicht gibt sich Gelegenheit, einmal im Zusammenhange einen Abriß dieser verschiedenartigen Reformbestrebungen innerhalb des deutschen Reiches zu geben. Für heute sei die Schlußformel meines letzten Berichtes, wonach bei uns im Reiche alles im Fluße sei, dahin ergänzt, daß ich sage: Es ist seitdem alles noch mehr in Fluß gekommen und die unnachgiebige Haltung unserer Besieger wird diese Entwicklung beschleunigen.

München, Ende September 1928.

Edgar J. Jung.

Bücher-Rundschau

Versprengtes Volkstum.

Heute wird an so manchem Orte versucht, urwüchsiges Volkstum rajch zusammenzustampfen oder in eine völlig wesensfremde Art unzumodeln. Man denke nur an Südtirol! Demgegenüber ist es recht nützlich, sich von Zeit zu Zeit daran zu erinnern, welche unglaublich zähe Widerstandskraft auch versprengte Splitter eines Volkstums entfalten können.

Ein Beispiel vermögen die verstreuten deutschen Siedlungen in der nordungarischen Zips zu geben. Vor rund sieben Jahrhunderten sind sie gegründet worden, weit entfernt vom Mutterland, mitten in einer weit überlegenen fremden Bevölkerung. Und sie haben sich bis zum heutigen Tage gehalten, wenn auch in stark verringertem Umfange. Gerade jetzt scheint für sie eine Zeit neuer Sammlung und neuen Aufstieges zu kommen. Und doch handelt es sich hier um einen zahlenmäßig unansehnlichen Splitter, dem nur seine kulturellen Leistungen einiges Gewicht verleihen können.¹⁾

Noch viel auffallender zeigt sich die Lebensfähigkeit deutschen Volkstums oben im Baltikum. Die Deutschen bildeten hier seit dem 13. Jahrhundert eine geringe Oberschicht, die sich aber durch alle furchtbaren Stürme hindurch aufrecht erhielt und bis in die neueste Zeit hinein unbestritten die Führung im Lande hatte. In den letzten 20 Jahren haben gerade die Balten wieder entsetzlich gelitten. Ein anschauliches Bild von diesen Prüfungen geben die Erinnerungen des Freiherrn von Stadelberg. Gerade in ihnen zeigen sich aber deutlich die Kräfte, die die Balten befähigt haben, auszuharren und sich nach dem völligen Umsturz von neuem einen Platz zu erkämpfen, einen Platz, der auf jeden Fall kulturell hoch bedeutend ist.²⁾

Aber auch abgesehen von solchen kulturelle Höchstleistungen aufweisenden Gruppen sehen wir das gleiche Beharrungsvermögen bei reinen Bauernsiedlungen. Ich verweise hier auf das Beispiel der Deutschen in Litauen.³⁾ Bis vor wenigen Jahren kannte man diese Siedlungen kaum dem Namen nach.

¹⁾ Hugo Grothe: 700 Jahre deutschen Lebens in der Zips. Ein illustriertes Quellen- und Lesebuch zur Landes- und Volkskunde, Siedlungs- und Geistesgeschichte. 287 S. Karten und Bilder. Grimmitzschau, Rohland & Berthold, 1927.

²⁾ Eduard Freiherr von Stadelberg-Sutlem: Ein Leben im baltischen Kampf. Rückschau auf Erstrebtes, Verlorenes und Gewonnenes. 183 S. München, Lehmann, 1927. Mk. 5.20.

³⁾ Rudolf Heberle: Die Deutschen in Litauen. 159 S. Stuttgart, Ausland und Heimat, 1927. Mk. 6.—